

**Die Integration der Omogenis, dargestellt am Beispiel der Schulintegration**

**1. Von der Emigration zur Remigration und Immigration**

Griechenland ist als Auswanderungsland bekannt. Zwischen 1955 und 1970 emigrierten ca. 1,2 Millionen Personen hauptsächlich nach Australien, Kanada, den USA und Deutschland. Doch bereits Ende der 60er Jahre setzten Rückwanderungsbewegungen ein, die allmählich zunahmen und Mitte der 70er Jahre die inzwischen stark rückläufige Auswanderungsquote überholten. Wie aus Tabelle 1 zu ersehen ist, sind bereits 1968 knapp 19.000 Personen nach Griechenland rückgewandert, und 1975 blieb die Zahl der Auswanderer erstmals hinter der Zahl der Rückwanderer zurück. Hinsichtlich des Begriffs Rückwanderer ist allerdings zu bemerken, dass er aus der Administration stammt und von den Wissenschaftlern nur mit Vorbehalt gebraucht wird. Die Administration fasst darunter alle aus dem Ausland kommenden Personen griechischer Abstammung zusammen, wobei die Feststellung der Abstammung ein Kapitel für sich ist und unter den Fachleuten kontrovers diskutiert wird.

**Tabelle 1: Emigranten und Rückkehrer 1955 bis 1977**

Jahr (1)	Auswanderer (2)	Rückkehrer (3)	Auswanderer pro 1000 Einwohner (4)	Bilanz Auswanderer (+) Rückkehrer (-) (5)
1955	29.787		3.74	
1960	47.768		5.73	
1965	117.167		13.70	
1966	86.896		10.09	
1967	42.730		4.90	
1968	50.866	18.882	5.82	+31.984
1969	91.552	18.132	10.44	+73.420
1970	92.681	22.665	10.54	+70.016
1971	61.745	24.709	6.99	+37.036
1972	43.397	27.522	4.88	+15.875
1973	27.525	22.285	3.08	+5.240
1974	24.448	24.476	2.73	-28
1975	20.330	34.214	2.24	-13.884
1976	20.374	32.067	2.22	-11.693

Quelle: Emke-Poulopoulou 1986, 46

Besonders aktuell ist das Rückwanderungsphänomen Anfang der 90er Jahre geworden, als die sogenannten Omogenis (die «Gleichstämmigen») aus der ehemaligen Sowjetunion und

aus Albanien ins Land kamen. Es handelt sich um Personen griechischer Abstammung, die aber in anderen Gesellschaften sozialisiert worden sind und bei ihrer Einreise kaum oder gar nicht griechisch sprachen.

Diese «Rückwanderung» vollzog sich zu einem Moment, in dem auch die Einwanderung anderer Gruppen und die Präsenz von Ausländern aller Art in Griechenland nicht nur den zuständigen Behörden, sondern auch der breiten Bevölkerung bewusst wurden. Sie ist Teil eines umfassenderen Wandlungsprozesses vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Die meisten der zur Zeit nach Griechenland einwandernden Personen sind nicht Remigranten i. e. S. oder Omogenis, sondern Personen anderer ethnischer Herkunft. Tabelle 2 verschafft einen Überblick über die Zusammensetzung der Personen, die Anfang der 90er Jahre einwanderten. Daraus ist zu ersehen, dass mehr als zwei Drittel von ihnen nicht griechischer Abstammung waren.

**Tabelle 2: Zahl der Ende der '80/Anfang der '90 Jahre eingewanderten Personen (in 1000)**

1. Reguläre Einwanderer	340
1.1 Rückkehrer	167
Griechen aus der ehemaligen Sowjetunion	45
Griechen aus Zypern	40
Andere Griechen (z.B. aus Albanien, der Türkei)	30
Griechen, Bürger anderer Staaten	52
1.2 Bürger aus EU-Ländern	50
1.3 Bürger aus Ländern außerhalb der EU	123
Andere europäische Länder	39
Länder in Afrika	17
Länder in Nord-Amerika	24
Andere Länder	43
2. Irreguläre Einwanderer	180-260
Albaner	70 -150
Polen	30
Ägypter	25
Philippinesen	15
Sonstige	40
3. Asylbegehrende	3
Summe ausländischer Einwanderer (1.2+1.3+2+3)	356-436
Gesamtsumme (1+2+3)	523-603

Quelle: Petrinioti 1993, 18.

Es liegen zur Zeit nur wenige detaillierte und wissenschaftlich gesicherte Daten zur Integration der Remigranten in das ökonomische, politische und soziokulturelle System Griechenlands vor. Aus den wenigen zuverlässigen Erhebungen lässt sich aber entnehmen,

dass die ökonomische und soziale Intergration dieser Population mühsam vor sich geht. So lag beispielweise Anfang der 90er Jahre die Arbeitslosigkeit der Rückkehrer mit ca. 40 % viermal so hoch wie der Durchschnitt (Kasimati 1992, 535).

Trotz der Überzahl der Ausländer befassen sich die zuständigen griechischen Institutionen hauptsächlich mit den Rückwanderern. Das Jahr 1990 kann als Wendepunkt bezeichnet werden, da seither nur die Omogenis aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Albanien Aufmerksamkeit fanden und die sonstigen Rückwanderer mehr oder weniger vergessen wurden. In diesem Jahr wurde eine Stiftung gegründet, die zum Ziel hat, die aus der ehemaligen Sowjetunion kommenden "Rückwanderer" aufzunehmen und ihnen zur Integration in die griechische Gesellschaft zu verhelfen.

## **2. Migrationspolitik der griechischen Regierungen**

### **2.1 Rückwanderer und Rückwanderungspolitik**

Die Rückwanderung nach Griechenland beschäftigt die Wissenschaft seit den 1970er Jahren; es liegt inzwischen eine beachtliche Zahl von Veröffentlichungen vor, von denen ein grosser Teil deutschsprachig ist. Die erste große Veröffentlichung war die von Elisabeth Harder (1980) verfasste und von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte Arbeit mit dem Titel "Rückkehr oder Verbleib. Eine Befragung griechischer Arbeiter in Nordrhein-Westfalen". Es folgten die Arbeiten von Christian Luetkens (1981) und Klaus Unger (1983) sowie die Arbeiten von Gotowos/Markou (1984), Kiliari (1986), Emke-Poulopoulou (1986) und in den 90er Jahren die Arbeiten von Kasimati (1992), Petropoulos u.a. (1992), Georgas/Papastilianou (1993) und Damanakis (1997).

Klar zu unterscheiden sind die Rückwanderungsprobleme und Rückwanderungsmaßnahmen in der Zeit vor und nach 1990.

In den 70er und 80er Jahren beschränkten sich die Regierungsmaßnahmen auf:

- Zollbefreiung beim Import von Hausrat und Autos und von technischem Gerät zum Einsatz im Agrarbereich,
- Steuerbefreiung beim Erwerb von Haus und Grund,
- günstige Darlehen für Investitionen im Agrar-, Industrie- oder Tourismusbereich und
- Umschulungsmaßnahmen zur Berufseingliederung (Emke-Poulopoulou 1986, 201 ff.).

Selbst von diesen Maßnahmen blieben - von den Zoll- und Steuerbefreiungsmaßnahmen abgesehen - viele nur auf dem Papier. Unger (1983, 276) stellt fest, dass "abgesehen vom Abschluss des deutsch-griechischen Abkommens zur Förderung der Gründung von Arbeitnehmergeellschaften im Jahre 1980 [...] der griechische Staat kaum Maßnahmen ergriffen hat, um die Emigranten zur Rückkehr zu bewegen". Auch die PASOK-Partei, die 1981 an die Macht kam und in ihrem damaligen Regierungsprogramm der Rückkehr Priorität einräumte, hat als Regierungspartei keine konsequente Rückwanderungspolitik verfolgt.

Das Fehlen einer klar umrissenen Rückkehrpolitik hatte zur Folge, dass a) die Ersparnisse der Remigranten nicht für volkswirtschaftlich nützliche Investitionen verwendet wurden (Unger 1983, 217 ff.), b) die meisten Remigranten die Niederlassung in den Großstädten Athen und Saloniki sowie in den grösseren Städten des Landes bevorzugten (Luetkens 1981, 116 ff.), c) die Remigranten und ihre Kinder oft Anpassungsschwierigkeiten hatten (Gotowos/Markou 1984, 103 ff.) und d) die Erwachsenen in den Arbeitsmarkt schwer zu integrieren waren. Damit entwickelte sich die Rückkehr oft zu einer "unglücklichen Rückkehr", wie Unger

(1981) feststellt, die nicht selten eine erneute Emigration zur Folge hatte. Gemäß der Angabe von Petropoulos (1992, 40) emigrierten, vor allem in der Nachkriegszeit, zwischen 16% und 22% der Rückkehrer wieder ins Ausland.

Bis Ende der 80er Jahre wurden die Integrationsprobleme der Rückwanderer und ihrer Kinder eher in Expertenkreisen und in den zuständigen Behörden diskutiert, weniger in der Öffentlichkeit. Den breiten Kreisen der Bevölkerung war das Rückwanderungsproblem gar nicht bewusst. Erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der massiven Einwanderung von Personen griechischer Abstammung aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Albanien änderte sich die Situation. Die Bevölkerung begann von der Einwanderung Notiz zu nehmen und die Regierung entwickelte eine Einwanderungs- und Integrationspolitik, die sich von der vorherigen deutlich unterschied.

Charakteristisch ist eine weitgehende Differenzierung zwischen den Migrantengruppen. Die zur Zeit praktizierte Politik bezieht sich, wie schon gesagt, hauptsächlich auf die aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Albanien kommenden Omogenis, doch wird auch zwischen diesen beiden Gruppen ein Unterschied gemacht. Die aus Albanien kommenden Griechen werden nicht als Rückwanderer anerkannt und es werden auch keine Maßnahmen für ihre ständige Niederlassung in Griechenland ergriffen. Anscheinend geht man davon aus, dass die Mitglieder dieser Gruppe bei einer Verbesserung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in Albanien in ihre Heimatorte zurückkehren werden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die griechische Minderheit in Albanien eine nach internationalem Recht anerkannte ethnische Minderheit ist und dass sie seit Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden im heutigen Südalbanien – dem früheren Nord-Epirus – lebt. Im Gegensatz zu den Griechen aus Albanien werden die aus den ehemaligen Sowjetrepubliken kommenden Personen als Rückwanderer betrachtet und in speziellen Eingliederungsprogrammen betreut (s. Kapitel 3).

In der Bildungspolitik kann man zwei Kategorien von Eingliederungsmaßnahmen unterscheiden: Maßnahmen, die für alle Rückkehrerkinder sowie für Ausländerkinder vorgesehen sind (z.B. Aufnahmeklassen, Intensivkurse), und Maßnahmen, die nur für die Rückkehrer aus anglophonen Ländern gedacht sind (s. Kapitel 4).

Diese differenzierende Rückwanderungspolitik muß auch im Zusammenhang mit der auswärtigen Kulturpolitik Griechenlands gesehen werden. Dazu ist etwas weiter auszuholen.

## **2.2 Die Politik für die Auslands griechen und die Auslandsaufgaben der Nationalen Stiftung für Rückwanderer**

Wollte man die Politik der griechischen Regierungen in der Nachkriegszeit umreißen, so ist zunächst zwischen den Perioden vor und nach der Militärdiktatur zu unterscheiden. In dem Zeitraum zwischen Anfang der 50er und Mitte der 60er Jahre ist die Migrationspolitik der griechischen Regierung durch die Vereinbarungen mit den Anwerbeländern (wie z.B. Australien 1952, Belgien 1957, Deutschland 1960) charakterisiert. Aus den Texten der Vereinbarungen geht hervor, dass die Hauptsorge der damaligen griechischen Regierungen darin bestand, den Überschuss von Arbeitskräften loszuwerden. Anders ist es nicht zu erklären, weswegen sie zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen haben, wonach die griechischen Arbeitnehmer verpflichtet waren, fünf Jahre lang in den Zechen zu arbeiten (Artikel 6 der Vereinbarung zwischen Griechenland und Belgien), oder weswegen die regionalen Dienststellen des griechischen Arbeitsministeriums der Kommission der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung standen und die damalige griechische Regierung sich verpflichtet hat, "die griechischen Arbeitnehmer mit ihren Familien, die auf Grund dieser Vereinbarung in das Gebiet der Bundesrepublik einreisen, jederzeit formlos

zurückzuübernehmen" (Artikel 3 und 19 der Vereinbarung zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland).

Die ihrem Schicksal überlassenen griechischen Migranten waren politisch und sozial sehr anfällig. So hat das Militärregime (1967-1974) versucht, politische Organisationen zu konstruieren und die griechischen Migranten für seine Zwecke zu gewinnen, was zunächst in vielen Aufnahmeländern gelang. Bald jedoch wurden von den demokratischen Kräften Gegenorganisationen gegründet, die der Junta und ihren Kollaborateuren Widerstand boten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Gruppen. Dies hatte zur Folge, dass mit dem Sturz der Junta im Sommer 1974 die Auslandsgriechen in sehr vielen Ländern und vor allem in Europa, politisch und sozial zerrissen und gespalten waren.

Nach dem Sturz der Militärs haben alle griechischen Regierungen versucht Ruhe und Ordnung in den griechischen Kolonien im Ausland herbeizuführen und die inzwischen angehäuften Bildungsprobleme der Migrantenkinder zu lösen. Darüber hinaus hat man versucht, rückkehrfördernde Maßnahmen zu ergreifen und vor allem ein gegenseitiges Vertrauen und ein enges Verhältnis zwischen den Diasporagriechen untereinander sowie mit Griechenland aufzubauen.

Die Umsetzung dieser Politik wurde zwei großen Institutionen übertragen, dem Generalsekretariat für Auslandsgriechen beim Außenministerium und der Nationalen Stiftung für Rückwanderer, die ebenfalls dem Außenministerium untersteht. Die Nationale Stiftung betreibt (über ihren eigentlichen Aufgabenbereich Rückwanderung hinaus) Projekte auch in Albanien und der ehemaligen Sowjetunion. Die Projekte, die in Albanien realisiert werden, beziehen sich auf folgende Bereiche:

a) Bildungsbereich:

- Renovierung und Bau von Schulgebäuden
- Unterrichtsmaterialien und audiovisuelle Medien
- Berufsausbildung hauptsächlich von Jugendlichen
- Kooperation mit albanischen Universitäten
- Kulturelle Veranstaltungen

b) Finanzielle Unterstützung bei der Schaffung von Infrastruktur, z.B durch die Beschaffung von Materialien für Post und Elektrizitätsversorgung, den Bau bzw. die Renovierung von Wasseranlagen, u.ä.

c) Entwicklungshilfe vor allem im Agrarbereich

d) Humanitäre Hilfe, z.B. durch die Lieferung von Kleidung, Nahrungsmitteln, Medikamenten u.ä, und zwar für die ganze Bevölkerung, nicht nur für Griechen

e) Aufenthalt von Schülern griechischer Abstammung in Schullandheimen in Griechenland während der Sommerferien

In dem Zeitraum zwischen 1991 und 1995 wurden für die verschiedenen Projekte in Albanien über 7 Milliarden Drachmen von der Stiftung ausgegeben. Durch diese Maßnahmen versucht Griechenland zweierlei zu erreichen. Auf der einen Seite die griechische Bevölkerung in ihren Wohnorten zu halten und auf der anderen Seite mit dem Nachbarland schrittweise gute Nachbarschaftsbeziehungen aufzubauen. Zu dem letzteren trägt der Aufenthalt von über 200.000 albanischen Arbeitern in Griechenland wesentlich bei.

Die bisherigen Aktivitäten der Stiftung in den Ländern Russland, Ukraine, Georgien und Armenien beziehen sich hauptsächlich auf:

- Evakuierung von Personen griechischer Abstammung aus Kriegsgebieten, wie Tschetschenien 1995 und Georgien 1993/94
- Humanitäre Hilfe
- Einrichtung von Pilotschulen für das Erlernen der griechischen Sprache
- Sendung von Unterrichtsmaterialien
- Abordnung von griechischen Lehrern, die hauptsächlich Griechisch im Primar- oder im Hochschulbereich unterrichten
- Förderung griechischer Abteilungen im Hochschulbereich und Förderung der Kooperation zwischen griechischen Hochschulen und Hochschulen in den obengenannten Ländern

Die Bemühungen der griechischen Regierungen, Kontakte mit den Auslands griechen zu pflegen, Kommunikationsnetze aufzubauen und länderübergreifende Organisationen zu gründen, haben ihren Höhepunkt im November 1995 erreicht, als in Saloniki der "Rat der Auslands griechen" (Symboulío Apodimou Ellinismou) konstituiert wurde. Laut Präsidialverordnung 196 vom 13.6.1995 fungiert dieser als beratendes Organ der griechischen Regierung in bezug auf Themen, die die Diaspora-Griechen betreffen wie:

- Intensivierung der Beziehungen der Auslands griechen untereinander und mit Griechenland
- Förderung der kulturellen und ökonomischen Interessen sowie der Bildungs- und Arbeitsinteressen der Griechen im Ausland
- Förderung der Selbstorganisation der Griechen im Ausland
- Förderung der wirtschaftlichen, der kulturellen und der Handelsbeziehungen zwischen den Aufnahmeländern und Griechenland
- Integration der Rückwanderer in die griechische Gesellschaft

Es handelt sich um eine weltweite Dachorganisation, der mehrere hundert griechische Organisationen angehören. Anscheinend versuchen die In- und Auslands griechen durch die Konstituierung von solchen weltweiten Organisationen in der neuen Weltordnung und Machtkonstellation ihren Machtanteil und ihre Interessen zu sichern (Damanakis 1998, 110ff.). Das Interessante an dieser Entwicklung ist, dass, obwohl griechische Organisationen aus der ganzen Welt der genannten Dachorganisation angehören, das Mutterland eine eindeutige Führungsrolle spielt. Dies führt zu der Frage nach der ideologischen Basis der Organisation.

### **2.3 Zum ideologischen Hintergrund: der Griechenland-Griechen als Idealtypus**

Hinter dieser Machtkonstellation und Machtverteilung innerhalb des Rates der Auslands griechen, die durch die führende Rolle des Mutterlandes gekennzeichnet ist, stand ursprünglich eine Ideologie, wonach der Griechenland-Griechen als Idealtypus gilt und das Land Griechenland Ursprung und Bezugspunkt aller Griechen ist. [Diese Ideologie wird zur Zeit (vier Jahre danach) stark bestritten und die Forderung nach einem reziproken Verhältnis zwischen In- und Auslands griechen immer stärker formuliert].

Die Griechen im In- und Ausland stellen eine Art ideologische Gemeinschaft dar, deren Basis und Bezugspunkt der Glaube an eine gemeinsame kulturelle Herkunft ist. Griechenland als geopolitischer, sozialer und kultureller Raum hat eine doppelte Symbolfunktion, eine diachronische und eine synchronische. Die diachronische besteht hauptsächlich in der

ruhmreichen griechischen Kulturgeschichte, worauf jeder Grieche stolz sein kann und darf. Die diachronische Kontinuität der griechischen Kultur wurde in der Vergangenheit stark idealisiert und spielte bei der Ideologiebildung eine entscheidende Rolle, sowohl bei den In- als auch bei den Auslandsgriechen. Heute scheint sie allerdings eher bei den Auslands- als bei den Inlandsgriechen als Bürge ethnischer Identität von Wichtigkeit zu sein.

Die Idealisierung Griechenlands als historische Größe geht in den Köpfen der Auslandsgriechen mit einer Idealisierung des synchronischen Griechenlands einher. Vor allem die aus den osteuropäischen Ländern und aus Albanien kommenden Rückkehrer hängen einem solchen Idealbild nach, das dann oft bei der Konfrontation mit der Realität zusammenbricht. Trotz dieses Zusammenbruchs und der damit verbundenen Enttäuschungen scheinen die Rückwanderer zunächst keine Eigen-Identität innerhalb der griechischen Gesellschaft entwickeln zu wollen. Im Gegenteil, vor allem die aus den genannten Ländern kommenden Personen griechischer Abstammung scheinen assimilationswilliger zu sein als andere Einwanderer. Es ist zu vermuten, dass die ihnen ansozialisierte Identifikation mit dem Griechentum stärker ist als ihre realen Frustrationen.

Alle Indizien, über die wir verfügen, sprechen dafür, dass sich Inlands- und Auslandsgriechen darin einig sind, dass das Griechentum im Mutterland diachronisch und synchronisch die wahre kulturelle Identität repräsentiert, so dass die ersten eine Assimilation der zweiten erwarten und die zweiten ihrerseits überzeugt sind, dieser Erwartung unbedingt entsprechen zu müssen. Ob oder wie lange diese Konstruktion standhalten wird, ist fraglich, da sie zur tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung in immer deutlicher werdenden Widerspruch gerät. Wegen der gegenwärtigen Rezession ist eine Integration dieser Personen in den Arbeitsmarkt sehr schwierig und trotz der Integrationsbemühungen der griechischen Regierung entstehen immer mehr "Rückwanderergettos".

### **3. Die Integrationsaufgaben der Nationalen Stiftung für Rückwanderer**

Die durch Präsidialverordnung vom 13.12.1990 gegründete Nationale Stiftung ist im Inland für die Umsetzung der folgenden Ziele zuständig:

- «a) Die Aufnahme der neuankommenden Rückwanderer zu organisieren und für ihre unmittelbaren materiellen und sozialen Bedürfnisse zu sorgen, indem sie Gastzentren und Aufnahmesiedlungen einrichtet.
- b) Den Rückwanderern zur Autonomie zu verhelfen oder sie auf die nächste Phase der organisierten Aufnahme in den Aufnahmesiedlungen vorzubereiten.
- c) Für die permanente Niederlassung der Remigranten, in Verbindung mit der Sicherung von Voraussetzungen ihrer beruflichen Integration Sorge zu tragen.
- d) Allen sich an die Stiftung wendenden Personen Informationen zu geben.
- e) Die Öffentlichkeit und die verschiedenen Träger für die Rückwandererprobleme zu sensibilisieren und günstige Verhältnisse für ihre Aufnahme und Integration in die griechische Gesellschaft zu schaffen.
- f) Andere staatliche und private Träger, die zur Befriedigung der verschiedenen Rückwandererbedürfnisse beitragen können, zu informieren und mit ihnen zu kooperieren.
- g) Die Voraussetzungen für das Erlernen der griechischen Sprache und für die berufliche Umschulung und Integration der Rückkehrer zu schaffen, sowie die Kinder auf die Integration in das griechische Schulsystem vorzubereiten»

Die Stiftung verfolgt diese Ziele seit ihrer Gründung und engagiert sich hauptsächlich im Bereich der Unterbringung und der beruflichen Integration der aus der ehemaligen Sowjetunion kommenden Omogenis. Nach ihren eigenen Angaben sind in dem Zeitraum zwischen 1987 und 1995 insgesamt 65.772 Personen nach Griechenland eingewandert, die berechtigt waren, von den Diensten der Stiftung Gebrauch zu machen, d.h. Personen, die vom griechischen Konsulat in Moskau ein Visum mit dem Vermerk "Rückkehr" erhalten haben. In demselben Zeitraum sind weitere 90.000 Personen aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert, die über diese Berechtigung nicht verfügten.

**Tabelle 3: Rückwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion**

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl der Personen mit Berechtigung</b>	<b>aufaddierte Gesamtsumme</b>
1987	527	527
1988	1.365	1.892
1989	6.791	8.683
1990	13.836	22.519
1991	11.420	33.939
1992	8.563	42.502
1993	10.926	53.428
1994	5.793	59.221
1995	6.551	<b>65.772</b>

Quelle: Nationale Stiftung 1996, 34

Das Versorgungsprogramm, oder besser gesagt der "Integrationsplan" der Stiftung sieht vier Phasen vor:

1. Phase    Erstaufnahme in einem Gastzentrum in der Regel für 15 Tage
- 2.Phase    Aufnahme in einer Aufnahmesiedlung, Vorbereitung auf soziale und berufliche Integration
3. Phase    Aufenthalt in gemieteten Wohnungen, Berufsvermittlung
4. Phase    Permanente Niederlassung, möglichst in Privathäusern in Thrazien

**Die erste Phase** soll einen provisorischen Charakter haben. Die Rückwanderer sollen für 15 Tage im Gastzentrum, z.B. in einem Hotel, versorgt werden, bis die Formalitäten erledigt sind und eine Wohnstelle in einer Aufnahmesiedlung oder in einer gemieteten Wohnung gefunden worden ist. (In Wirklichkeit verbleiben die Rückwanderer monatelang oft in den Gastzentren.)

**Die zweite Phase** könnte als Vorbereitungsphase charakterisiert werden, weil die Einwanderer durch spezielle Maßnahmen, wie Sprachkurse für Erwachsene und Kinder, Informationsveranstaltungen, Anerkennung von Schulabschlüssen, Vermittlung von Arbeitsstellen usw. auf die soziokulturelle und vor allem auf die ökonomische, d.h. berufliche Eingliederung, vorbereitet werden sollen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass eine

Aufnahmesiedlung schnell zu einem für alle Seiten unangenehmen Getto werden kann. Die Stiftung versucht seit 1995 solche Entwicklungen zu verhindern oder rückgängig zu machen, was aber nicht immer gelingt.

**In der dritten Phase** werden die Rückwanderer in gemieteten Wohnungen untergebracht, wobei sie schrittweise Miete und Nebenkosten selbst bezahlen und autonom werden sollen. Allerdings kommt es häufig vor, dass die Rückwanderer sich weigern, die Miete zu zahlen. Dadurch wird die dritte Phase zu einer Art Verlängerung der zweiten und verfehlt ihr eigentliches Ziel, den Rückwanderern zur Autonomie zu verhelfen.

**Die Endphase** sieht die Niederlassung möglichst vieler Rückwanderer in privaten Häusern in Thrazien vor. Ende 1995 waren bereits 801 Häuser den Omogenis übergeben worden (Nationale Stiftung 1996, 46). In den ländlichen Gegenden gehört dazu in der Regel auch ein Stück Land, das von der Stiftung zur Verfügung gestellt wird.

Die Wohnsituation der Rückwanderer sah Ende 1995 / Anfang 1996 folgendermaßen aus:

Im Dezember 1995 lebten in:

Gastzentren	634	Personen
Aufnahmesiedlungen	2.479	"
Gemieteten Wohnungen	9.891	"
Privathäusern	2.421	"
	<hr/>	
	15.625	Personen

Wenn man bedenkt, dass bis 1995 insgesamt 65.772 Personen Recht auf das Integrationsprogramm der Stiftung hatten, tatsächlich aber nur 15.625 davon Gebrauch gemacht haben, dann kann man leicht zu der Schlussfolgerung kommen, dass die überwältigende Mehrheit kein hohes Interesse an der Stiftung und ihren Programmen hat. Es ist zu vermuten, dass sie – aus einem kollektivistischen System kommend – nicht gewillt sind, in ein neues zu geraten. Die Sehnsucht der aus dem ehemaligen "Ostblock" kommenden Migranten ist es, selbständig zu werden und das Angebot der freien Marktwirtschaft und der Konsumgesellschaft voll zu genießen.

#### 4. Die Bildungspolitik für Rückwandererkinder

##### 4.1. Die Einwanderung in die Schulen Griechenlands

Zwischen Mitte der 70er und Mitte der 80er Jahre kehrten pro Jahr ca. 5.000 Schüler nach Griechenland zurück, die hauptsächlich aus Deutschland, Australien, den USA und Kanada kamen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre und vor allem in den 90er Jahren sind die Zahlen der Schüler aus den obengenannten Ländern stark zurückgegangen. Gleichzeitig aber hat die Zahl der Einwanderer nicht-griechischer Nationalität und die Zahl der Einwanderer griechischer Abstammung aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Albanien stark zugenommen. Beide Einwanderergruppen bringen Kinder in die griechischen Schulen. Aus Tabelle 4 geht hervor, wie viele ausländische und wie viele Rückkehrerschüler aus welchen Ländern im Schuljahr 1995/96 griechische Schulen besuchten.

**Tabelle 4: Rückwanderer- und Ausländerkinder in griechischen Schulen im Schuljahr 1995/ 96**

Herkunftsland	Primarbereich			Sekundarbereich			Gesamtsumme
	Rückkehrer	Ausländer	Teilsumme	Rückkehrer	Ausländer	Teilsumme	
Albanien	5.658	7.083	12.741	1.455	1.842	3.297	16.038
ehemalige Sowjetunion	11.691	1.828	13.519	4.179	912	5.091	18.610
Deutschland	673	192	865	561	107	668	1.533
Europ. Union (außer 3)	178	222	400	199	99	298	698
Osteuropa (außer 2)	221	281	502	180	79	259	761
Übriges Europa	136	140	276	66	45	111	387
USA Kanada Australien Südafrika	824	193	1.017	838	126	964	1.981
Nordafrika	45	91	136	41	27	68	204
Übriges Afrika	34	107	141	36	26	62	203
Asien	62	451	513	36	98	134	647
Lateinamerika	37	46	83	11	20	31	114
Summe	19.559	10.634	30.193	7.602	3.381	10.983	41.176

Quelle: Erziehungsministerium (vgl. Damanakis1997, 53)

#### 4.2 Von den punktuellen Maßnahmen zu einer interkulturellen Bildungspolitik?

Chronologisch kann man die Bildungspolitik der griechischen Regierungen in drei Phasen einteilen:

1. Phase ('70er Jahre) Herabsetzung der Leistungserwartungen, Einräumung von Schonfristen, ad hoc-Maßnahmen
2. Phase (1980-1995) Versuche der Integration (d.h. Assimilation) durch kompensatorische Maßnahmen
3. Phase (seit 1996) Gesetz 2413/96, Einleitung einer interkulturellen Bildungspolitik?

Die erste Phase umfasst die zweite Hälfte der 70er Jahre und ist gekennzeichnet durch ad hoc-Maßnahmen mit einem gewissen Barmherzigkeitscharakter. Die Rückkehrerschüler wurden während der ersten zwei Jahre, nach ihrer Schulaufnahme, schonend bewertet. Vor

allem in den Sprachfächern wurde die Basis der Benotungsskala von 10 auf 8 herabgesetzt (vgl. Damanakis 1997, 57).

Die offizielle Herabsetzung der Leistungserwartungen und die Schonzeit von zwei Jahren haben natürlich den Schülern wenig geholfen. So ist man Anfang der 80er Jahre von einem Modell der Hinnahme von Rückständen zu einem Modell aktiver kompensatorischer Erziehung übergegangen. Während dieser zweiten bildungspolitischen Phase wurden 1980 Aufnahmeklassen und 1983 Förderkurse eingerichtet. Kurz danach wurde durch Präsidentialverordnungen eine Rückkehrerschule in Athen und eine zweite in Thessaloniki eingerichtet. Die erste war für Rückkehrerschüler gedacht, die aus anglophonen Ländern kamen, während die zweite vor allem für die aus Deutschland remigrierten Schüler vorgesehen war.

Dadurch hat sich in Griechenland eine neue Schullandschaft gebildet. Das griechische Schulsystem lernte erstmals besondere Klassenformen (Aufnahmeklassen, Förderkurse und Klassen an Rückkehrerschulen) kennen.

### **Schulaufnahmemöglichkeiten für Rückkehrerschüler seit Mitte der 80er Jahre**

<b>A</b>	<b>B</b>	<b>C</b>	<b>D</b>
Regelklassen plus Förderkurse für 2 Jahre	Aufnahmeklassen parallel oder in Kombination mit den Regelklassen (Verbleibdauer bis zwei Jahre)	Rückkehrerschulen für eine Übergangszeit, oder als reguläre Schulen	Schulen Interkultureller Bildung

Die Aufnahmeklassen und Förderkurse hatten und haben Übergangs- bzw. Vorbereitungscharakter und zielen auf die Integration der Kinder in die Regelklassen ab. Die Rückkehrerschulen hingegen, die auf Druck der Rückkehrerfamilien – vor allem aus den anglophonen Ländern – eingerichtet wurden, können als Regelschulen fungieren und dürfen eine Art bilingualen Lehrplan haben. Darin hätte man den Ansatz zu einem interkulturellen Bildungsangebot sehen können, doch scheint es, dass der griechische Staat an einer solchen Entwicklung nie ernsthaft interessiert gewesen ist. Zwar werden die Schüler der Athener Rückkehrerschule nach wie vor sowohl in Englisch als auch in Griechisch unterrichtet, doch schon die Rückkehrerschule von Thessaloniki hat eine ganz andere Entwicklung genommen. Anlass für diese Entwicklung gab der Rückgang der Schüler aus Deutschland und der starke Anstieg der Schülerzahlen aus der ehemaligen Sowjetunion (Russland, Georgien, Ukraine) und aus Albanien. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass schon zum Beginn der 90er Jahre die Schülerschaft dieser Schule immer multilingualer wurde, und daraus hat man den Schluss gezogen, die Schüler dieser Schulen ausschließlich in griechischer Sprache zu unterrichten, obwohl der Lehrplan sowohl Unterricht der Herkunftssprache wie auch Unterricht durch die Herkunftssprache vorsieht. An die Einrichtung von Herkunftssprachenunterricht in Russisch oder gar Albanisch hat man offenbar in keiner Weise gedacht. Das griechische Erziehungsministerium hierarchisiert, wie es scheint, die Herkunftssprachen und läßt manche von ihnen als Unterrichtsfach gelten andere nicht. Ein Zusammenhang mit dem Status der entsprechenden Zuwanderergruppen in Griechenland ist nicht von der Hand zu weisen.

Die Bildungspolitik der griechischen Regierungen hat sich während der zweiten Phase insgesamt im Sinne der sogenannten Defizithypothese bewegt, wobei man anscheinend davon

ausging, dass manche Schüler mehr (z.B. die aus Albanien und der ehemaligen Sowjetunion), andere weniger (z.B. die aus anglophonen Ländern kommenden) Defizite aufweisen.

Diese Orientierung der Bildungspolitik sollte durch das Gesetz 2413/96 im Sinne der interkulturellen Bildung verändert werden. Dadurch wurde eine (dritte) Phase eingeleitet, die allerdings derzeit mehr Absicht als Realität ist. Faktisch war und blieb die Integration in die griechische Gesellschaft des Mutterlandes im Sinne einer weitgehenden Assimilation das erstrangige Bildungsziel.

In Artikel 34 des neuen Gesetzes heißt es nun:

"1. Ziel der interkulturellen Bildung ist die Einrichtung und die Funktion von Schuleinheiten im Primar- und Sekundarbereich, für die Bildung von Kindern und Jugendlichen mit schulischen, sozialen, kulturellen und Bildungsbesonderheiten.

2. In den Schulen interkultureller Bildung werden die Lehrpläne der öffentlichen Schulen angewandt, die aber den schulischen, sozialen und kulturellen Besonderheiten und den Bildungsbedürfnissen ihrer Schüler angepasst werden sollen."

Schulorganisatorisch sieht das Gesetz Folgendes vor:

- a) Umbenennung existierender öffentlicher Schulen mit hohem Rückwanderer- und oder Ausländeranteil in "Schulen Interkultureller Bildung"
- b) Versuchsschulen Interkultureller Bildung, die an eine Universität angegliedert sind
- c) Klassen Interkultureller Bildung
- d) Einrichtung von neuen "Öffentlichen Schulen Interkultureller Bildung" und
- e) Einrichtung von "Privaten Schulen Interkultureller Bildung"

Das Besondere aller Schulen Interkultureller Bildung liegt in ihren Lehrplänen, die flexibel und den Schülerbedürfnissen angepasst sein können. Es ist schwer vorauszusagen, welche Konsequenzen das Gesetz haben wird und ob dadurch eine Wende in der bisherigen Schulpolitik für Rück- und Einwanderer eingeleitet wird. Bis heute wurden lediglich die sechs (6) Rückkehrerschulen in Athen und die drei (3) in Thessaloniki sowie zehn (10) weitere öffentliche Schulen zu Schulen Interkultureller Bildung umbenannt. Diesen neuzehn (19) Schulen stehen aber weder Mittel noch irgendein Rahmenplan zur Verfügung, so dass das Lehrpersonal entweder improvisiert oder aber wie gewohnt weiterarbeitet.

Eine Beurteilung aus pädagogischer Sicht ist zur Zeit noch nicht möglich. Ich beschränke mich auf die Bemerkung, dass das Gesetz positive Aussichten beinhaltet in dem Sinne, dass es die Umwandlung existierender öffentlicher Schulen mit hohem Rück- und Einwandereranteil in Schulen mit einem interkulturell orientierten Lehrplan vorsieht. Auf der anderen Seite sieht es aber auch die Einrichtung von separaten Privatschulen vor, die zur Segregation und Gettoisierung der Rückwanderer- und Ausländerschüler führen können. Diese Gefahr ist ernst zu nehmen, zumal solche segregierten Schulen bereits existieren, deren bloße Umbenennung zu Schulen Interkultureller Bildung die Schüler aus der Segregation nicht hinausführen würde.

## **5. Der Fall Palagia in Alexandroupolis**

Im Folgenden soll eine solche segregierte Schule skizziert werden, so dass dem Leser ein Eindruck von der Schulpraxis und von den Integrationsproblemen der Rückkehrerschüler - und teilweise ihrer Familien - vermittelt wird.

Die Volksschule von Palagia befindet sich im gleichnamigen Dorf, welches ca. sieben Kilometer entfernt von der Stadt Alexandroupolis in Thrazien liegt. Sie führt, wie alle griechischen Volksschulen Klassen der Stufe 1 bis 6 und wird von Kindern der gleichnamigen Aufnahmesiedlung besucht, die außerhalb des Dorfes liegt und seit 1993 in Betrieb ist. In der Aufnahmesiedlung leben in der Regel zwischen 500 und 700 Personen. Bei einer kleinen Untersuchung (Beze/Europas 1997) wurde festgestellt, dass 60% der Siedlungsbewohner länger als ein Jahr und teilweise schon bis zu vier Jahren in der Siedlung lebten. Die Männer waren hauptsächlich im Agrar- und Baubereich - wenn überhaupt - tätig. Die Frauen arbeiteten in der Regel als Putzfrauen oder als Dienstpersonal in Familien.

Die Schule von Palagia war in den Jahren zuvor wegen der geringen Schülerzahl nicht mehr in Betrieb. Die wenigen Schüler der Siedlung wurden in die Schulen der Stadt Alexandroupolis gefahren. Mit der Einrichtung der Aufnahmesiedlung 1993 wurde die Schule wieder ins Leben gerufen, um die Kinder der Rückkehrerfamilien aufzunehmen. Die "einheimischen" Schüler wurden und werden weiterhin in die Schulen der Stadt gefahren. So entstand eine segregierte Schule, in der im Schuljahr 1993/94: 132, 1994/95: 117 und 1995/96: 120 Rückkehrer- oder Ausländerschüler eingeschrieben waren.

Ein Indiz für die Schulsituation bietet die Schülerfluktuation. Anfang März 1996 besuchten die Schule nur 97 von den zu Beginn des Schuljahres eingeschriebenen 120 Schülern. Ein weiteres Indiz bieten die Schulräume. Im veralteten ursprünglichen Schulgebäude waren im Schuljahr 1995/96 drei Klassen untergebracht. Drei weitere Klassen waren in einem Lagerhaus für Agrarprodukte untergebracht. Im Erdgeschoss eines Hauses wurden weitere vier Klassen untergebracht und in einer Baracke in der Siedlung wurde schließlich Raum für zwei bis drei weitere Klassen geschaffen.

Die Lehrer beschwerten sich über die Zersplitterung der Schule, über den Mangel an Schulhöfen, an audiovisuellen Mitteln und an Sportanlagen sowie über die enormen Schwierigkeiten, die sie haben, aus den existierenden Schulteilen eine Schulgemeinde zusammenzubasteln. Hinzu kommt, dass die Curricula und die Unterrichtsmaterialien, die sie benutzen sollen, dieselben sind wie jene der griechischen öffentlichen Schulen, obwohl ihre Schüler in der Regel eine andere Muttersprache haben und aus einem anderen Kulturkreis stammen.

Die 97 Schüler, die im März 1996 die Schule von Palagia - oder besser gesagt die vier Schulhäuser von Palagia- besuchten, kamen aus:

Russland	6
Georgien	19
Armenien	64
Ukraine	4
Kasachstan	4

Die Lehrer sehen sich nicht in der Lage, die multilinguale multikulturelle Situation der Schüler pädagogisch zu nutzen, da sie einerseits dafür nicht fortgebildet sind und auf der anderen Seite der Schulplan genau so aussieht, als wäre die Schule eine öffentliche Regelschule. Die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern verläuft in der griechischen Sprache, während die Schüler gleicher Herkunft untereinander jeweils die Herkunftssprache als Kommunikationscode gebrauchen. Soweit Kommunikation zwischen den Schülern aus verschiedenen Herkunftsländern stattfindet, verläuft sie auf russisch.

Der segregierte Status der Schule von Palagia geht mit der Segregation der Aufnahmesiedlung einher. Die Dorfbewohner stehen der Siedlung zurückhaltend gegenüber.

Kein Wunder: die Zahl der Siedlungsbewohner ist drei- bis viermal so hoch wie jene des Dorfes und auf die Kulturdistanz zwischen der Dorfkultur und den Kulturen in der Aufnahmesiedlung waren beide Seiten nicht vorbereitet und nicht eingestellt..

Aus der kurzen Darstellung des Falles Palagia geht hervor, wie leicht eine als Übergangseinrichtung gedachte Aufnahmesiedlung sich in einen für alle Beteiligten unangenehmen Dauerzustand entwickeln kann, der durch innere Widersprüche aufrecht erhalten wird. Einer, nicht der geringste davon, besteht darin, dass man versucht die Kinder durch Segregation zu integrieren. Es ist schwer vorstellbar, wie dies zu einer gelingenden Sozialisation führen soll.

### **Deutsch- und englischsprachige Literatur**

Collaros, Titsa A. /Moussourou, Lonkia M. (1978): the return home. Socio-Economic Aspects of Re-integration of Greek Migrant Workers Returning from Germany, Athens: Reintegratin Center for Migrant Workers.

Damanakis, Michael (1998): Pluralität, Homogenität und Herrschaft, in: Gogolin, (1998), (S. 105-113)

Harder, Elisabeth, (1980), Rückkehr oder Verbleib. Eine Befragung griechischer Arbeiter in Nordrhein-Westfalen. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Institut für Kommunalwissenschaften.

Gogolin, Ingrid u.a, (1998): Pluralität und Bildung, Leske+Budrich

Luetkens, Christian(1981): Die unglückliche Rückkehr. Die Remigrationsproblematik am Beispiel griechischer Arbeitsmigranten aus dem Nomos Drama, Frankfurt/ New York: Campus

Unger, Klaus, (1983): Die Rückkehr der Arbeitsmigranten, Eine Studien zur Remigration nach Griechenland, Saarbrücken/Fort Lauderdale: breitenbach.

Unger, Liane, (1986): Zweite Generation und Ruckwanderung: Rückkehr in die Heimat oder in die Fremde? Saarbrücken/Fort Lauderdale: breitenbach.

### **Griechischsprachige Literatur**

Γεωργιάς Δημήτριος/Παπαστουλιανού Α. (1993): Επιπολιτισμός Ποντίων και Βορειοηπειρωτών στην Ελλάδα. Ψυχολογικές διεργασίες προσαρμογής, Γενική Γραμματεία Απόδημου Ελληνισμού, Αθήνα. (Georgas, Dimitrios/Papastilianou, A, (1993): Die Akkulturation der Pontier und der Nordepiroten in Griechenland. Psychologische Anpassungsprozesse, Athen: Generalsekretariat für das Griechentum im Ausland).

Γκότοβος Αθανάσιος/Μάρκου Γεώργιος (1984): Σχολική επανένταξη παλιννοστούντων μαθητών: Προβλήματα και προοπτικές ΥΠΕΠΘ-UNESCO, Αθήνα. (Gotowos, Athanasios/Markou, Georgios, (1984): Die schulische Wiedereingliederung von Rückkehrerschülern. Probleme und Perspektiven, Athen: Kultusministerium/UNESCO)

Δαμανάκης Μιχάλης (επιμ.) (1987): Μετανάστευση και εκπαίδευση: Gutenberg, Αθήνα (Damanakis, Michael: Rückkehr und Bildung, Athen: Gutenberg)

Δαμανάκης Μιχάλης (επιμ.) (1997): Η εκπαίδευση των Παλιννοστούντων και Αλλοδαπών μαθητών στην Ελλάδα: Gutenberg, Αθήνα.

Εθνικό Ίδρυμα Υποδοχής και Αποκατάστασης Παλιννοστούντων και Ομογενών Ελλήνων (Ε.Ι.Υ.Α.ΡΟ.Ε) (1995): Έκθεση πεπραγμένων 1991-1995 Αθήνα. (Nationale Stiftung für die

Aufnahme und Intergation rückkehrender und gleichstämmiger Griechen: Tätigkeitsbericht 1991-1995, Athen)

Έμκε – Πουλοπούλου Ήρα (1986): Προβλήματα Μετανάστευσης Παλιννόστησης, ΕΔΗΜ, Αθήνα.(Emke-Poulopoulou, Ira (1986): Probleme von Migration und Remigration, Athen: IMEO)

Κασιμάτη Κούλα (κ.ά) (1992): Πόντιοι μετανάστες από την πρώην Σοβιετική Ένωση: Κοινωνική και Οικονομική τους Ένταξη. Γενική Γραμματεία απόδημου Ελληνισμού, Κέντρο Κοινωνικής Μορφολογίας και Κοινωνικής Πολιτικής, Αθήνα. (Kasimati Koula (1992): Pontische Ruckkehrer aus der ehemaligen Sowjetunion. Ihre soziale und ökonomische Eingliederung, Athen: Generalsekretariat für das Griechentum im Ausland, Zentrum für Sozialpolitik).

Κούλιαρη Αγγελική (1986): Η γλωσσική ικανότητα στη γερμανική και ελληνική γλώσσα των παιδιών των μεταναστών (διδασκτική διατριβή) Θεσσαλονίκη. (Kiliari Ageliki: Die Sprachkompetenz von Rückkehrerkindern im Griechischen und Deutschen, Diss. Saloniki)

Κούλιαρη Αγγελική (1997): Ξένος στην Ελλάδα. Μετανάστες, γλώσσα και κοινωνική ένταξη. Στάσεις της ελληνικής κοινωνίας απέναντι στους μετανάστες ομιλητές: παρατηρητής, Θεσσαλονίκη. (Kiliari Ageliki: Fremd in Griechenland. Rückkehrer, Sprache und soziale Integration. Die Einstellungen der griechischen Gesellschaft zur Sprache der Rückkehrer, Saloniki: paratiritis)

Μπεζέ Λουκία /Ευρώπας Χρήστος (1997): Η περίπτωση του Δημοτικού Σχολείου Παλαγίας Αλεξανδρούπολης στο Δαμανάκης (1997). (Beze Loukia/Europas Christos(1997): Der Fall der Volksschule Palagia in Alexandroupolis, in: Damanakis 1997, S. 224-230)

Πετρινώτη Ξανθή (1993): Η Μετανάστευση προς την Ελλάδα: Οδυσσέας και Βιβλιοθήκη Ινστιτούτου Διεθνών Σχέσεων, Αθήνα. (Petrinioti Xanthi: Die Rückkehr nach Griechenland. Athen. Odysseas und Bibliothek des Intituts für Internationale Beziehungen)

Πετρόπουλος Ν. Π. (1992): Πρόγραμμα Ερευνών του Ελληνικού Πληθυσμού Αποδημίας - Παλιννόστησης. Γενική Γραμματεία Απόδημου Ελληνισμού, Αθήνα. (Petrooulos N. P.: Forschungsprogramm zur griechischen Bevölkerung im Ausland und zur Rückkehr, Athen. Generalsekretariat für das Griechentum im Ausland)

Υπουργείο Οικονομικών (1988): Τελωνειακές Απαλλαγές και Διευκολύνσεις: Εκτυπωτική Μονάδα, Αθήνα. (Wirtschaftsministerium: Zollbefreiungen und andere Erleichterungen, Athen: Druckerei des Wirtschaftsministerium)